

7. FACHTAG

Dokumentation zur
Fachtags-Veranstaltungsreihe
2021



Dokumentation zur Fachtags-Veranstaltungsreihe 2021

Zu den Veranstaltern des diesjährigen Fachtages „Herkunftssprachlicher Unterricht im Berliner Bildungssystem – Realität oder ein Traum vieler Eltern?“ gehörten neben dem BEFaN-Netzwerk (Bildung-Eltern-Familie-Nachbarschaft) als diesjährigem Hauptveranstalter des Fachtages, die Berliner Senatsverwaltung für Bildung, Jugend und Familie sowie die Senatsverwaltung für Integration, Arbeit, Soziales, die Pankower Bezirksverwaltung, die Bezirksverwaltung von Marzahn-Hellersdorf, der Arbeitskreis „Lingua Pankow“, das Projekt „Gelebte Mehrsprachigkeit“ und die Fachvernetzung und Fachberatung für Migrant*innenvereine „Migra UP!“. Der Fokus des Fachtages 2021 lag auf der staatlichen Umsetzung des herkunftssprachlichen Unterrichtes (HSU) im Berliner Bildungssystem. Das Resultat der umfangreichen Vorbereitungsarbeit des Fachtags-Organisationskomitees war eine Online-Veranstaltungsreihe, die insgesamt sieben Veranstaltungen von April bis November 2021 umfasste.

Während der erste Teil der Veranstaltungsreihe aus einem Fachgespräch mit Dr. Mark Hamprecht von der Senatsverwaltung für Bildung, Familie und Jugend, einer Podiumsdiskussion mit den bildungspolitischen Sprecher*innen der SPD, der CDU, der LINKEN und von Bündnis 90/DIE GRÜNEN sowie Workshops der arabisch-libanesischen, türkischen, vietnamesischen und kurdischen Community bestand, setzte sich das virtuelle Hauptevent am 21. September aus einem Impulsvortrag und einem Runden Tisch zusammen.

你好

Hello

ciao

مرحبا





DAS

FACHGESPRÄCH

**Herkunftssprachlicher Unterricht
im Berliner Bildungssystem –
Realität oder nur ein Traum von
vielen Eltern?**

Der Höhepunkt der ersten Veranstaltungsreihe war ein Fachgespräch mit Dr. Mark Hamprecht von der Senatsverwaltung für Bildung, Jugend und Familie im April 2021. Im Rahmen dieses Fachgespräches stellte sich Hamprecht den Fragen von Berliner Migrant*innenorganisationen und ging auf die konkrete Situation und die Perspektiven des herkunftssprachlichen Unterrichts (HSU) an den Berliner Schulen ein.

Bei dem Fachgespräch stellte Dr. Hamprecht das neue Mehrsprachigkeitskonzept der Senatsverwaltung für Bildung vor. Bei diesem Konzept geht es, so Hamprecht, um die Weiterentwicklung des Fremdsprachenunterrichts, des bilingualen Sachfachunterrichts und des herkunftssprachlichen Unterrichts: „Mit diesem Konzept möchten wir den Blick auf Mehrsprachigkeit lenken.“ Das erklärte Ziel dabei sei, dass Schüler*innen ihre Mehrsprachigkeit zukünftig bewusst wahrnehmen und für ihre eigene Bildungsbiographie nutzen.

Dr. Hamprecht betonte, dass, um die Bedarfe für die einzelnen Schulen zu ermitteln, in Zukunft ein formales, geregelttes Verfahren erforderlich sei. Zudem brauche man mehr Öffentlichkeitsarbeit: „Es muss mehr Bewusstsein für das Thema Mehrsprachigkeit als Bildungsziel geschaffen werden. Damit klarer wird, dass die Ausbildung in der Herkunftssprache positive Auswirkungen auf die allgemeinen Schulleistungen hat.“ Hamprecht hielt fest, dass während der nächsten Jahre ein schrittweiser Ausbau des Sprachangebotes geplant sei – von Angeboten in der Grundschule hin zu altersgemäß erweiterten Angeboten in der Sekundarstufe I.

Auch auf die Notwendigkeit einer besseren Zusammenarbeit zwischen Eltern, Schulen und Senatsverwaltung ist in dem Fachgespräch eingegangen worden. Die Moderatorin des Fachgespräches, Dr. Anna Mróz, betonte in diesem Zusammenhang die wichtige Rolle der Berliner Migrant*innenvereine: „Die MSO haben Zugang zu Eltern und Kindern und können somit eine Brückenfunktion übernehmen.“

Als ein weiteres wichtiges Thema im Zusammenhang mit der Umsetzung

des herkunftssprachlichen Unterrichts im Berliner Bildungssystem wurden die Lehrkräfte angesprochen. Bezüglich der Qualifizierung von Lehrkräften, so Dr. Hamprecht, gelte die bisherige Regelung, dass für eine Tätigkeit als HSU-Lehrkraft entweder eine Lehramtsausbildung nach deutschem Recht oder nach dem Recht des Herkunftslandes nötig ist. HSU-Lehrkräfte sollten sich gut mit dem Kollegium der jeweiligen Schule verständigen können. Dafür seien deutsche Sprachkenntnisse mindestens auf dem Niveau B2 notwendig. Themen wie interkulturelle Bildung und Antidiskriminierungsarbeit müssten, betonte die Moderatorin Anna Mróz, künftig noch mehr in den Mittelpunkt der Lehrerausbildung rücken. Gerade im Bereich der Erzieher*innenausbildung gebe es bei diesem Thema nach ihrer Auffassung noch große Bedarfe.

Die wichtige Rolle der Eltern bei der weiteren Institutionalisierung des HSU im Berliner Bildungssystem kam ebenfalls zur Sprache: Bestünden bei einer Gruppe von Eltern Bedarfe bzgl. der Aufnahme von herkunftssprachlichem Unterricht an einer bestimmten Schule, dann sollten sie, so Dr. Hamprecht, zunächst auf die Schulleitung zugehen. In einem weiteren Schritt bestehe

dann die Möglichkeit, sich direkt an die Senatsverwaltung für Bildung zu wenden. Dieser Prozess, stellte die Moderatorin Anna Mróz fest, sei in der Vergangenheit nicht selten eine große Hürde für Eltern gewesen, da sie beim Thema HSU durchaus auf „Zurückhaltung“ bei den Schulleitungen gestoßen wären. Ihrer Auffassung nach, ist es ein Unterschied, ob

„Es muss mehr Bewusstsein für das Thema Mehrsprachigkeit als Bildungsziel geschaffen werden.“



Dr. Mark Hamprecht

Eltern im Rahmen des HSU auf Bedarfe hinweisen, oder ob ein Bedarf durch die Senatsverwaltung angemeldet werden würde: Wird ein Bedarf durch die Senatsverwaltung angemeldet, dann wären Schulleitungen, so Mróz, in der Regel kooperativer.

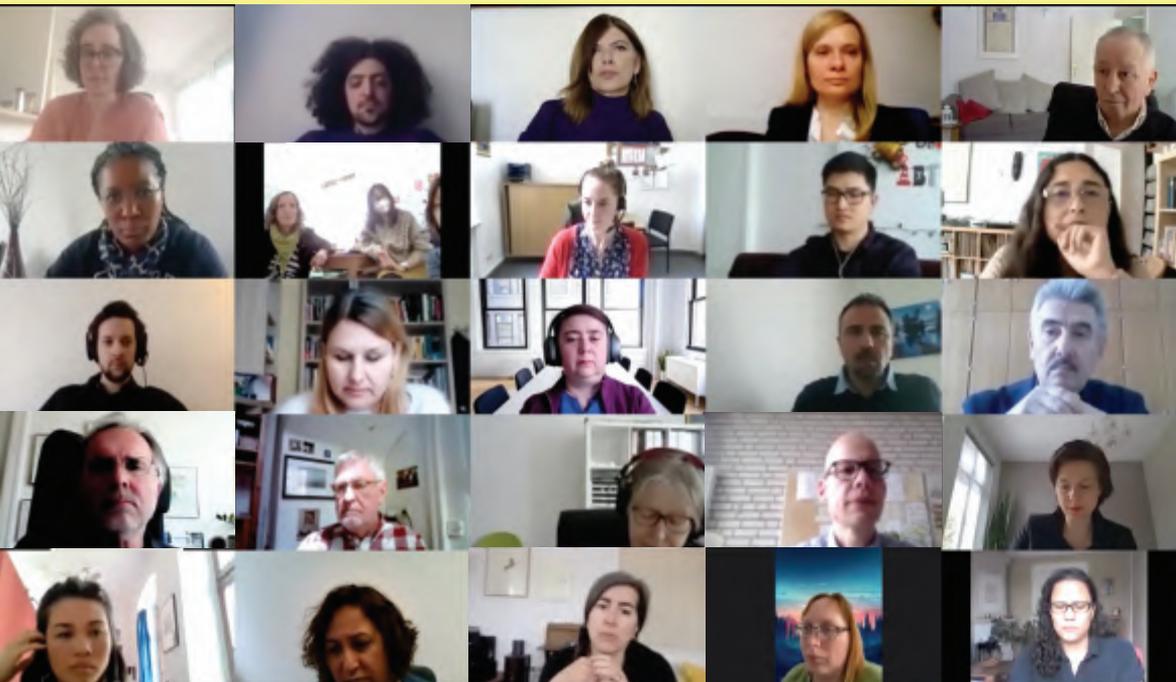
Nach einer Anfrage von Yekmal e.V. betonte Dr. Hamprecht zum Ende des Fachgespräches noch einmal, dass HSU in staatlicher Verantwortung stattfindet und sich nach Berliner Unterrichtsprinzipien richtet. Auch beim Lehrmaterial werde deshalb darauf geachtet, dass keine politische Beeinflussung stattfindet. Außerdem könnten herkunftssprachliche Kenntnisse bei einer späten Zuwanderung in der Sekundarstufe I unter Vorlage von entsprechenden Zeugnissen anerkannt und als zweite Fremdsprache angerechnet werden.

Am Ende des Fachgespräches verständigten sich alle Teilnehmenden darauf, möglichst zeitnah erneut für einen fachlichen Austausch zusammenzukommen.



„Was wurde schon beim Konzept entwickelt? Was muss noch entwickelt werden, um das Konzept umzusetzen?“
SprachCafé Polnisch e.V.

*„Gibt es Überlegungen, mit Migrant*innenorganisationen zusammenzuarbeiten?“*
Yekmal e.V.





DIE PODIUMSDISKUSSION

Herkunftssprachen auf die
Fahnen!

Podiumsdiskussion
mit bildungspolitischen
Sprecher*innen der Parteien

Am 2. Juni folgte im Rahmen der Fachtags-Veranstaltungsreihe dann eine Podiumsdiskussion mit den bildungspolitischen Sprecher*innen der Berliner Parteien. Mit dabei waren Maja Lasić (SPD), Dirk Stettner (CDU), Regina Kittler (DIE LINKE), Stefanie Remlinger (Bündnis 90/DIE GRÜNEN). Die Moderation übernahm Dr. Anna Mróz vom BEFaN-Netzwerk. Im Rahmen dieser Podiumsdiskussion sollte über verschiedene Fragen diskutiert werden. Zunächst ging es um den Stellenwert, den das Thema Mehrsprachigkeit für die einzelnen Parteien hat. Weitere Diskussionspunkte waren die einzelnen Konzepte für den Ausbau des herkunftssprachlichen Unterrichtes sowie die Verankerung des Themas Mehrsprachigkeit in den Parteiprogrammen.

Auf die Frage, ob sich die einzelnen Parteien „Herkunftssprache auf die Fahne schreiben und diese Botschaft weitertragen wollen“, sprachen sich alle eingeladenen Parteien klar für eine Förderung von Mehrsprachigkeit im Berliner Bildungssystem aus. Während Dirk Stettner von der CDU allerdings darauf setzte, möglichst viele Europaschulklassen im Bezirk zu haben, sprachen sich die bildungspolitischen Sprecher*innen der GRÜNEN und der Linken für eine grundsätzliche Förderung von Mehrsprachigkeit im Kita- und Schulbereich aus. In diesem Zusammenhang betonte Maja Lasić (SPD), dass das neue Berliner Schulgesetz ein klares Bekenntnis zur Mehrsprachigkeit und die Grundlage für den Ausbau des herkunftssprachlichen Unterrichtes sein soll. Man muss der Vielfalt dieser Stadt gerecht werden, so Lasić, indem gerade die slawischen Sprachen, die in Berlin riesige Communities haben, in das Angebot einbezogen werden.

Bezüglich des Rufes nach einer „Deutschpflicht“ auf dem Schulhof führte Dirk Stettner (CDU) aus, dass es nicht möglich sei, generell an allen Schulen alle Sprachen auf dem Schulhof zu erlauben. Er selbst habe Verständnis dafür, dass Schulleitungen mitunter auch Sprachen auf dem Schulhof verbieten würden. Regina Kittler (DIE LINKE) forderte in diesem Zusammenhang, dass entsprechende Verbote aufhören sollten – Sprachverbote seien eine „Diskriminierung“. Stattdessen brauche es außerschulische ergänzende Sprachangebote. Im Zusammenhang mit

dem Terminus „nicht-deutscher Herkunftssprache“ (ndH) forderte Stefanie Remlinger (Bündnis 90/DIE GRÜNEN) eine grundsätzliche Entstigmatisierung von Herkunftssprachen im Bildungssystem.



Auf die Frage von Dr. Mróz, ob die Parteien auch dazu bereit seien, sich Herkunftssprachen „auf die Fahne zu schreiben?“, waren die Reaktionen der bildungspolitischen Sprecher*innen unterschiedlich. Für einen Ausbau des HSU sprach sich Maja Lasić von der SPD aus („Der Ausbau des HSU ist Priorität.“). Stefanie Remlinger (Bündnis 90/DIE GRÜNEN) wies darauf hin, dass mehrsprachige Bildung auch die Kitas betreffe – man müsse nicht nur Kitas in öffentlicher Hand, sondern auch private Kitas erreichen. Dabei sei es ganz besonders wichtig, mehrsprachige Kompetenzen auch als Ressource im Personalbereich zu fördern. Probleme sah Remlinger beim Thema „Halbsprachigkeit“. Kinder würden Sprachen oft nur „halb beherrschen“, „sie bräuchten aber ein bildungssprachliches Niveau“. Darauf ging Anna Mróz ein, indem sie erläuterte, dass der Begriff der „Halbsprachigkeit“ in der Wissenschaft längst als überholt gilt. Die doppelte Halbsprachigkeit sei aus der Sicht der zeitgenössischen Sprachwissenschaften nicht belegbar. Dieser Begriff, so Mróz, stamme aus den ersten Forschungsversuchen zum Thema Zweisprachigkeit, die keine ausreichende Vergleichsbasis

liefern und auf einer Fehleinschätzung basieren. Leider seien diese Forschungsversuche zum Teil zu einem populärerem Mythos geworden.

Zum Abschluss der Podiumsdiskussion betonte Dirk Stettner (CDU) noch einmal, dass seiner Ansicht nach ein grundsätzliches Miteinander des Deutschen und der Herkunftssprachen notwendig sei. Dabei sollte man sich andere Bundesländer, wie zum Beispiel Nordrhein-Westfalen, zum Vorbild nehmen. Maja Lasić (SPD) forderte, dass mehr Kindern in Berlin die Möglichkeit gegeben werden sollte, HSU-Angebote zu nutzen. Dieser Punkt müsste auch im Koalitionsvertrag der neuen Berliner Landesregierung klar benannt werden. Lasić wies darauf hin, dass im Bereich des herkunftssprachlichen Unterrichtes immer noch „Defizite“ existieren würden. Lasić: „Wir müssen beim herkunftssprachlichen Unterricht in Berlin noch besser werden.“ Wenn man es schaffe, Herkunftssprachen als erste oder zweite Fremdsprache anzuerkennen und den Sprachunterricht bis zum Abitur durchzuziehen, dann habe man es ihrer Auffassung nach „geschafft“.





**DIE
WORKSHOPS**

Mit Hilfe von Workshops aus der arabischen, der türkischen, der vietnamesischen und der kurdischen Community konnte sich das interessierte Fachtags-Publikum in der Folgezeit über mehrsprachliche Angebote und die Situation von mehrsprachigen Familien in Berlin informieren. Die Organisation der Workshops erfolgte durch den intensiven Austausch und die enge Zusammenarbeit zwischen Marita Orbegoso (Kordinatorin des BEFaN-Netzwerk), Ana María Acevedo (BEFaN-Netzwerk) und verschiedenen Migrant*innenorganisationen als Vertreter*innen der einzelnen Communities.

Im Einzelnen handelte es sich dabei um den Workshop **„Arabisch mit Freude lernen. Für eine bessere Verständigung“** in Kooperation mit der Deutsch-Libanesischen Freundschaftsbrücke e.V. und der GIZ gGmbH am 27. Mai, den Workshop **„Mehrsprachigkeit als Elternrecht in den Kindertageseinrichtungen und in der Schule“** in Kooperation mit dem Türkischen Elternverein Berlin-Brandenburg am 17. Juni, den Workshop **„Wie Sprachlosigkeit überwunden werden kann: Sensibilisierungsansätze zum Mehrspracherwerb statt Sprachlosigkeit“** in Kooperation mit dem Barnim-Gymnasium (Berlin-Lichtenberg) am 12. August und den Workshop **„Yekmal: Die Geschichte eines kurdischen Elternvereins -Mehrsprachigkeit in sozialen Unternehmen“** am 11. November.

Zu den Ergebnissen, die aus diesen Workshops hervorgegangen sind, zählt in erster Linie die Forderung, dass im Rahmen des herkunftssprachlichen Unterrichts in Berlin zukünftig vielfältige Angebote notwendig sind: Im Einzelnen wünschten sich die Workshop-Teilnehmenden, dass es für alle geförderten Herkunftssprachen eine Wahlmöglichkeit zwischen einem ergänzendem Sprachunterricht in den Grundschulen und den weiterführenden Schulen auf der einen Seite, und den Europaschulen auf der anderen Seite geben sollte. Des Weiteren wiesen einige darauf hin, dass die statistische Erfassung der Herkunftssprachen verbessert werden muss. Viele Workshop-Teilnehmende waren sich darin einig, dass für den weiteren Ausbau des HSU, die Frage, welche Familiensprache Schüler*innen zuhause sprechen, auf jeden Fall beantwortet werden sollte. Nach Ansicht vieler

Teilnehmer*innen sollten diese Informationen bei der Einschulung und beim Übergang in die weiterführenden Schulen abgefragt werden.

Herkunftssprachen sollten außerdem auf jeden Fall abiturrelevant werden. Neue wissenschaftliche Untersuchungen zu den positiven Wirkungen des HSU auf den Bildungserfolg von Kindern könnten mehr Eltern zudem dazu motivieren, ihre Kinder zum HSU zu schicken.

Wie ein erfolgreicher herkunftssprachlicher Unterricht aussehen kann, zeigte die Deutsch-Libanesische Freundschaftsbrücke e.V. in ihrem Workshop **„Arabisch mit Freude lernen. Für eine bessere Verständigung“**: Neben einer positiven Lernatmosphäre, einem abwechslungsreichen Unterricht mit Lernspielen und viel Bewegung, sei im HSU auch Respekt von großer Bedeutung, sagte die HSU-Lehrkraft Naji Awada. Schüler*innen, so Awada, müssten im Zusammenhang mit dem HSU Erfolgserlebnisse haben – Druck sollte auf gar keinen Fall ausgeübt werden.



Workshop 1: „Arabisch mit Freude lernen. Für eine bessere Verständigung“

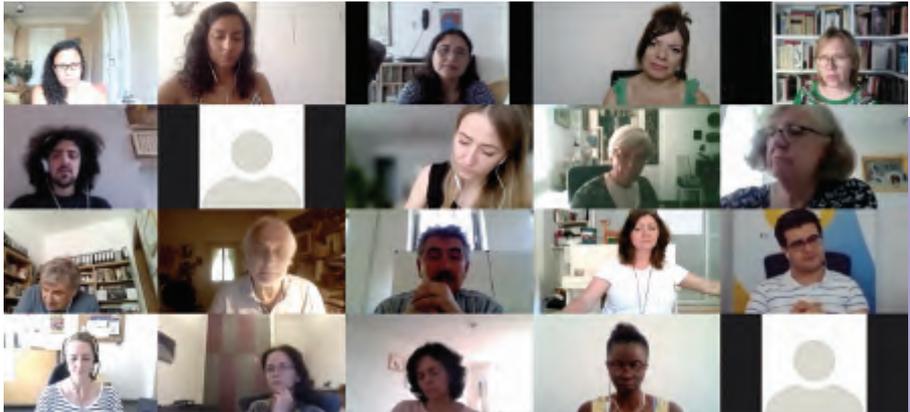
Als ein fundamentales Problem im Zusammenhang mit dem HSU wurde im Rahmen der weiteren Workshop-Reihe der Lehrkräftemangel herausgestellt: Es wurde festgehalten, dass es dringend nötig ist, neue Studiengänge (z.B. für Türkisch oder Kurdisch auf Lehramt) zu etablieren, damit auch künftige Lehrer*innengenerationen gesichert seien. Wie wichtig der kontinuierliche

Ausbau des herkunftssprachlichen Unterrichts in Berlin ist, wurde insbesondere im Rahmen des Workshops „**Wie Sprachlosigkeit überwunden werden kann: Sensibilisierungsansätze zum Mehrspracherwerb statt Sprachlosigkeit**“ deutlich. Am Beispiel der vietnamesischen Community erfuhren die Workshopteilnehmer*innen, dass Sprachbarrieren zwischen Eltern und Kindern zu sozialen und kulturellen Konflikten zwischen den Generationen führen können. Thanh Thùy Luong, die Sozialarbeiterin am Berliner Barnim-Gymnasium ist, machte mit ihrem Vortrag eindrucksvoll klar, dass eine zielgerichtete Elternkommunikation, die zeigt, warum die schulische Förderung von Mehrsprachigkeit so wichtig ist, in ihrer Community bis heute fehlt.



Workshop 3: „Wie Sprachlosigkeit überwunden werden kann: Sensibilisierungsansätze zum Mehrspracherwerb statt Sprachlosigkeit“

Sowohl der Workshop „**Mehrsprachigkeit als Elternrecht in den Kindertageseinrichtungen und in der Schule**“ in Kooperation mit dem Türkischen Elternverein Berlin-Brandenburg (TEBB) e.V. als auch der letzte Workshop in der Fachtags-Veranstaltungsreihe „**Yekmal: Die Geschichte eines kurdischen Elternvereins – Mehrsprachigkeit in sozialen Unternehmen**“ demonstrierten, wie viel zivilgesellschaftliches Engagement von Eltern in diesem Zusammenhang bewirken kann: Zunächst zeigte der türkische Elternverein (TEBB), wie gelungene Elternpartizipation funktionieren kann. Der Verein macht bereits seit 1985 Elternarbeit, immer mit dem Ziel, türkische Eltern, mit Hilfe von Projekten wie z.B.



Workshop 2: „Mehrsprachigkeit als Elternrecht in den Kindertageseinrichtungen und in der Schule“

„Eltern gehen in die Schule“, mit dem deutschen Schulsystem bekannt zu machen. Der TEBB hat inzwischen drei Kitas gegründet, unterstützt türkischstämmige Schüler*innen beim Erreichen von Schulabschlüssen und gibt Türkisch-Unterricht an verschiedenen Berliner Schulen. Der kurdische Elternverein Yekmal e.V., der heute mit mehr als 80 Mitarbeiter*innen an insgesamt zehn Standorten in drei Bundesländern aktiv ist, blickte im Rahmen eines Workshops auf seine Anfänge zurück. Während der Verein bei seiner Gründung noch mit Sätzen wie „Kurden können Türkisch oder Arabisch – sie brauchen keinen HSU“ oder „Es gibt keine kurdischen Eltern“ konfrontiert wurde, ist er heute dabei, seine erste deutsch-kurdische Grundschule zu eröffnen.



Günay Darıcı - Yekmal e.V.

Workshop 4: „Yekmal: Die Geschichte eines kurdischen Elternvereins – Mehrsprachigkeit in sozialen Unternehmen“



DAS HAUPTEVENT

FACHTAG

**HERKUNFTSSPRACHLICHER UNTERRICHT
IM BERLINER BILDUNGSSYSTEM -
REALITÄT ODER NUR EIN TRAUM VON VIELEN ELTERN?**





DAS GRUßWORT

Das Hauptevent der Fachtags-Veranstaltungsreihe am 21. September, wurde durch ein digitales Grußwort von Beate Stoffers, der Berliner Staatssekretärin für Bildung, eingeleitet. In ihrem Grußwort unterstrich Stoffers, dass die Förderung von Mehrsprachigkeit als Bildungsauftrag betrachtet werden muss. Das Konzept des Senates zur Förderung von Mehrsprachigkeit sehe auf der einen Seite vor, die Vielfalt des Fremdsprachenunterrichts zu fördern, auf der anderen Seite aber auch den bilingualen Sachfachunterricht auszubauen. Mehrsprachigkeit solle, so Stoffers, stärker als bisher wahrgenommen, wertgeschätzt und weiterentwickelt werden. Dabei spiele neben dem herkunftssprachlichen Unterricht auch der Austausch mit Migrant*innenselbstorganisationen und Elternvertretungen eine große Rolle. Stoffers: „Mehrsprachigkeit muss als Voraussetzung und Ressource des Lernens begriffen und aufgegriffen werden.“





DER IMPULSVORTRAG

Prof. Grit Mehlhorn, die an der Universität Leipzig Didaktik der slawischen Sprachen lehrt, hielt im Anschluss an das Grußwort einen Impulsvortrag zum Thema „Herkunftssprachen im deutschen Schulsystem“. Zunächst ging es dabei um eine Begriffserklärung.

Grundlegend ist für die Wissenschaftlerin in diesem Zusammenhang die Unterscheidung zwischen Herkunftssprecher*innen und Muttersprachler*innen. Der Hintergrund für diese Unterscheidung sei, so Mehlhorn, der sprachliche Input, den Muttersprachler*innen in ihren Herkunftsländern bekommen: **„Der ist deutlich größer als bei Herkunftssprecher*innen, die in Deutschland aufwachsen.“** Daraus ergibt sich, führte Prof. Mehlhorn weiter aus, dass die herkunftssprachlichen Kenntnisse von zweisprachig in Deutschland aufgewachsenen Herkunftssprecher*innen geringer sind und in den Folgegenerationen noch weiter abnehmen. Aus dieser Abnahme resultiert für die Wissenschaftlerin die Notwendigkeit des HSU: **„Der herkunftssprachliche Unterricht dient dem Erhalt der Herkunftssprache.“**

Dem langsamen Sprachverlust, der bei mehrsprachig aufwachsenden Kindern teilweise auftritt, kann, so Mehlhorn, durch den HSU entgegengewirkt werden. Herkunftssprecher*innen würden den HSU zudem benötigen, um ihr grammatisches Wissen in der Herkunftssprache zu vergrößern: **„Herkunftssprecher*innen haben häufiger Probleme bei dem Erlernen der geschriebenen Sprache, da ihnen das metasprachliche Wissen fehlt und ihr grammatisches Wissen implizit ist.“** Außerdem sei der Wortschatz von Herkunftssprecher*innen in der Regel stark durch gesprochene Alltagssprache geprägt. Der Besuch des HSU könne das durch den Ausbau der Schriftsprache ausgleichen.

Prof. Mehlhorn ging im Folgenden auf die verschiedenen Formen des HSU ein: Neben dem ergänzenden staatlichen HSU, der in der Regel einmal wöchentlich nachmittags stattfindet, gebe es die Europa-Schulen. Hier nehme der HSU deutlich mehr Wochenstunden ein und auch Sachfächer werden bilingual unterrichtet. Weitere HSU-Angebote kämen, so Mehlhorn,

von Elterninitiativen, Kulturvereinen oder kirchlichen Einrichtungen. Zudem besuchen einige Schüler*innen schulischen Fremdsprachenunterricht in ihrer Herkunftssprache. Mehlhorn: „Alle diese Formen des HSU ermöglichen die Kommunikation der Herkunftssprecher*innen mit ihren Familien sowie die Teilhabe an der Herkunftskultur.“



Grundsätzlich ist es für die Wissenschaftlerin vor allem wichtig, dass herkunftssprachliche Kompetenzen systematisiert werden: Kinder sollten nach ihrer Ansicht deshalb so früh wie möglich mit dem HSU beginnen. Dazu sei auf Seiten von Eltern und Lehrkräften in der Regel viel Motivation nötig, zumal die meisten Kinder im HSU immer wieder mit ihren eigenen sprachlichen Grenzen konfrontiert würden. Auf die Lehrkräfte kommen mit dem HSU nach Mehlhorns Ansicht besondere Herausforderungen zu, da sie stets mit sehr heterogenen Lerngruppen arbeiten und für die unterschiedlichen Lernbedürfnisse differenzierte Texte und Arbeitsmaterialien vorbereiten müssten. Ein zusätzlicher Aufwand, der in der Regel nicht vergütet wird.

Herkunftssprecher*innen haben, führte die Wissenschaftlerin weiter aus, besondere Bildungsbedarfe in ihrer Herkunftssprache. Das betreffe den Ausbau der schriftlichen Kompetenzen, das Lesen von Sach- und literarischen Texten in der Herkunftssprache, die Orthografie und das Unterscheiden von verschiedenen Sprachregistern. Für Kinder sei es außerdem besonders wichtig, dass Eltern oder Großeltern ihnen in der Herkunftssprache vorlesen. Das schaffe „emotionale Literarisierungserfahrungen.“

Zu den Unterstützungsmöglichkeiten für den HSU gehören, so Mehlhorn, der Kontakt zu Herkunftssprecher*innen, sowohl innerhalb der Kernfamilie in Deutschland als auch zu den Verwandten im Herkunftsland. Viele Kinder würden gerade bei Besuchen im Herkunftsland große Entwicklungssprünge in ihrer Herkunftssprache machen. Es habe sich aber vor allem herausgestellt, dass Jugendliche dann ihre herkunftssprachlichen Kenntnisse weiterentwickeln könnten, wenn sie regelmäßig und über mehrere Jahre hinweg kontinuierlich den HSU besuchen.

Im Gegensatz zu geflüchteten Kindern und Jugendlichen ist die Bildungssprache Deutsch nach Mehlhorns Auffassung für in Deutschland aufgewachsene Herkunftssprecher*innen meist nicht das Problem. Die Wissenschaftlerin berichtete, dass sich bei einer Sprachstandserhebung unter Herkunftssprecher*innen mit Polnisch und Russisch als

Herkunftssprache herausgestellt hat, dass diese zweisprachigen Kinder in der Regel hervorragende Kenntnisse in der deutschen Sprache haben, während die Kenntnisse in der Herkunftssprache sehr unterschiedlich sind. Die Schulsprache Deutsch entwickle sich unabhängig davon, ob zuhause die Herkunftssprache gesprochen und der HSU besucht wird. Mehlhorn: **„Deutsch ist ohnehin die dominante Sprache unter den Schulkindern.“**

Zusammenfassend hielt Prof. Mehlhorn am Ende ihres Vortrages fest, dass Unterricht in der Herkunftssprache trotz allem aber kein „Allheilmittel“ sei: **„HSU zeigt vor allem dann positive Effekte, wenn er zuhause von den Eltern stark gestützt wird.“** Denn auch das Pflegen der Herkunftssprache als Familiensprache, so Mehlhorn, ist von großer Wichtigkeit. Gerade beim Übergang in die weiterführende Schule hätten Eltern eine ganz wichtige Motivationsfunktion, da der HSU zu diesem Zeitpunkt häufig abgebrochen werden würde.

Im Fragenteil ihres Vortrages führte Prof. Mehlhorn aus, dass es für die Verzahnung von Herkunftssprachenunterricht und Regelunterricht verschiedene theoretische Modelle gibt. In der Praxis, betonte sie, seien diese allerdings nur schwer umsetzbar. Gut gelöst habe man das Problem der Umsetzung in den Europa-Schulen, wo HSU stattfindet und darüber hinaus noch verschiedene Sachfächer in der Herkunftssprache unterrichtet werden.

Für den Erfolg des HSU, so Mehlhorn, sei seine Zeugnisrelevanz von besonderer Bedeutung: **„Solange der HSU nicht abschlussrelevant ist und keine Noten dafür auf dem Zeugnis erscheinen, hat er ein geringeres Prestige und wird von den Schüler*innen als weniger wertvoll wahrgenommen.“** Unterricht in der Herkunftssprache könne, wie es in Nordrhein-Westfalen und in Hamburg schon der Fall sei, als Fremdsprachenunterricht anerkannt und dem Unterricht in der zweiten und dritten Fremdsprache gleichgestellt werden. Dadurch werde der HSU automatisch abschluss- und notenrelevant. Für Herkunftssprachen, die nicht als Schulfremdsprachen gelernt werden, bestehe diese Möglichkeit leider aber noch nicht.

„Solange der HSU nicht abschlussrelevant ist und keine Noten dafür auf dem Zeugnis erscheinen, hat er ein geringeres Prestige und wird von den Schüler*innen als weniger wertvoll wahrgenommen.“

Schließlich betonte Mehlhorn die Bedeutung von Diagnosekompetenzen der Lehrkräfte: „Zunächst sollte man sich anschauen, was die Schüler*innen von zuhause mitbringen. Darauf basierend können dann Förderkonzepte entworfen werden.“ Bei der Differenzierung in heterogenen Lerngruppen sei es günstig, wenn sich alle Kinder gleichzeitig mit einem Thema beschäftigen würden. Je nachdem, wie fortgeschritten die Schüler*innen sind, sollten sie zu einem Thema dann aber unterschiedliche Arbeitsaufträge erhalten. Bezüglich des Lehrkräftemangels führte Prof. Mehlhorn aus, dass es in Deutschland nur wenige Möglichkeiten gibt, sich als Herkunftssprachenkraft ausbilden zu lassen. Positiv sei allerdings, so Mehlhorn, dass auch Fremdsprachenkräfte im Rahmen ihrer Ausbildung zunehmend für die Problematik von Herkunftssprecher*innen sensibilisiert werden.





**DER RUNDE TISCH:
„MITEINANDER
FÜR
MEHRSPRACHIGKEIT“**

Bei der sich anschließenden Podiumsdiskussion nahmen neben Katarina Niewiedzial (Integrationsbeauftragte des Berliner Senats für Integration und Migration), Mehmet Fatih Özcan (Referent für Mehrsprachigkeit von der Senatsverwaltung für Bildung, Jugend und Familie), Carola Ehrlich-Cypra (Vorstand des Elternnetzwerks Berliner Gemeinschaftsschulen e.V.) und Thanh Thùy Luong (Elterninitiative Café8TV) teil. Die Moderation übernahm Dr. Anna Mróz vom BEFaN Netzwerk.

In ihrer Einleitung ging Mróz zunächst auf die Änderung des Berliner Schulgesetzes ein. Bisher hätte man im Paragraphen 15, so Mróz, noch vom „Unterricht für Schüler*innen nicht deutscher Herkunftssprache“ gesprochen, jetzt gehe es dort um „die Förderung von Zwei- und Mehrsprachigkeit.“ Für alle diese Änderungen habe das BEFaN-Netzwerk jahrelang gearbeitet, betonte Mróz. Sie seien ein Grund zum Feiern, jetzt müsse der Fokus auf den konkreten Umsetzungsmöglichkeiten des HSU in Berlin liegen.

Mehmet Fatih Özcan von der Senatsverwaltung für Bildung, Jugend und Familie präsentierte zu Beginn des „Runden Tisches“ den Ist-Zustand des HSU an den Berliner Schulen: Im aktuellen Schuljahr, so Özcan, gebe es in Berlin 25 Schulen, die HSU auf Arabisch anbieten. 1030 Schüler*innen würden dieses Angebot im Moment in Anspruch nehmen. Insgesamt acht Schulen würden für 32 Schüler*innen HSU auf Kurdisch anbieten, für das Polnische komme Berlin auf fünf Schulen mit 49 Schüler*innen. HSU auf Türkisch werde in 75 Schulen für knapp über 1840 HSU-Schüler*innen angeboten. Das Angebot, so Özcan, beschränke sich derzeit noch auf die Grundschulzeit, zukünftig solle der HSU aber mehr Schüler*innen zugutekommen und auch sprachlich intensiviert werden.

Auf die Frage, welche Schulform die Förderung von Mehrsprachigkeit unterstützt, beschrieb Carola Ehrlich-Cypra vom Vorstand des Elternnetzwerks Berliner Gemeinschaftsschulen die Berliner

Gemeinschaftsschulen als „eine Schule für alle“ und deshalb auch als ein mögliches und passendes Schulmodell für die Förderung von Mehrsprachigkeit. Ehrlich-Cypra: „Gemeinschaftsschulen unterrichten von Klasse eins bis zum Abitur, ohne nach der Grundstufe eine Empfehlung auszusprechen.“ Schüler*innen so Ehrlich-Cypra, würden dort in ihrer Vielfalt gefördert und gefordert. Der grundsätzliche Anspruch dieser Schulen sei alles, was Kinder von zuhause aus mitbringen, also auch ihre Herkunftssprachen, wertzuschätzen. Die Moderatorin Anna Mróz schlug in diesem Zusammenhang nicht nur einen Wissenstransfer zwischen den Gemeinschaftsschulen und den Regelschulen vor, sondern auch eine besondere Berücksichtigung der Gemeinschaftsschulen beim Ausbau des HSU.



Thanh Thùy Luong ging im weiteren Verlauf des Gespräches auf den Fachtag als Auslöser für die Gründung ihrer Elterninitiative Cafè8TV ein. Die vietnamesische Community, so Luong, sei in der Vergangenheit oft als „auffällig unauffällig“ wahrgenommen worden. Ihre Community müsse deshalb sichtbarer werden. Luong: „Wir sind ein Team aus Eltern und haben das gemeinsame Bedürfnis, in Deutschland einen Raum für vietnamesische Themen zu schaffen. Ein Raum, in dem wir unsere Herkunftssprache sprechen und bewusst auch fördern.“ Das Projekt richte sich an die in Deutschland geborene Generation der Null- bis Sechsjährigen und starte im Oktober.

Anna Mróz wies im Anschluss darauf hin, dass die Pandemie Integrationsarbeit an vielen Stellen erschwert hätte. Auf die Frage, ob es trotzdem auch positive Entwicklungen gegeben habe, antwortete die Integrationsbeauftragte des Berliner Senats Katarina Niewiedzial, dass es weiterhin darum gehe, „strategisch zu denken“ und die Vernetzung von lokalen Elterninitiativen über das berlinweite BEFaN-Netzwerk zu fördern. Niewiedzial: „Wir wollen, dass BEFaN die Vernetzung von Initiativen in verschiedenen Sprachen stärkt, beim Aufbau unterstützt und in seinen gemeinsamen Kreis trägt. Dafür müssen wir berlinweit denken.“ „Sprache“, so Niewiedzial, habe sie im Rahmen ihrer Arbeit als Integrationsbeauftragte als Handlungsfeld definiert, das strategisch ausgebaut werden muss. Dazu würden Sprachkurse genauso gehören, wie das große Programm der Integrationslots*innen und die digitale Förderung von Mehrsprachigkeit im Alltag, z.B. in Form eines Audio- und Video-Dolmetscher*innen-Dienstes für Berlin. „Ich will alle diese Themen angehen“, sagte Niewiedzial. Bezüglich des HSU gehe es jetzt darum, Informationen zu streuen, Eltern zu informieren und bei der Frage der Bedarfsermittlung, strategische Lösungen zu finden. HSU-Lehrkräfte müssten schneller und besser identifiziert werden und als Quereinsteiger*innen auch die Möglichkeit bekommen, in den regulären Schuldienst einzusteigen.



Katarina Niewiedzial

„An dieser Stelle wünsche ich mir Informationen von der Senatsverwaltung, die wir als engagierte Eltern weitergeben können. Zum Beispiel einen Leitfaden.“

Aus dem Bezirk Marzahn-Hellersdorf berichtete der Integrationsbeauftragte Thomas Bryant, dass das Thema Mehrsprachigkeit dort auf die Initiative einer MSO, Einzug in die Verwaltung gefunden hat. Als Resultat gebe es in Marzahn-Hellersdorf im jetzigen Integrationsbeirat bereits eine Arbeitsgruppe Mehrsprachigkeit. Das Thema Mehrsprachigkeit, so Bryant, sei zudem im bezirklichen Integrationsprogramm verankert worden. Anna Mróz wies in diesem Zusammenhang darauf hin, dass es für den Ausbau weiterer bezirklicher Mehrsprachigkeits-Netzwerke notwendig sei, feste Strukturen zu schaffen.

Wenn es um Bildungsfragen gehe, so stellte Carola Ehrlich-Cypra heraus, würden sich viele Eltern, die nicht fließend Deutsch sprechen, lieber nicht in Gremien wählen lassen. Viele Elternvertreterinnen und Schulleitungen würden den HSU zudem überhaupt nicht kennen. Ehrlich-Cypra: „An dieser Stelle wünsche ich mir Informationen von der Senatsverwaltung, die wir als engagierte Eltern weitergeben können. Zum Beispiel einen Leitfaden.“ Wenn Eltern in dieser Situation eine „wertschätzende Handreichung“ bekommen würden, so die Elternvertreterin, dann könnte das ihre Rolle, ihre Partizipation aber auch ihre Selbstwirksamkeit stärken. Gerade Eltern, die eine Sprache sprechen, die von einem Teil der Gesellschaft als „prestigeärmer“ empfunden wird, trauten sich oft gar nicht, den Wunsch nach HSU-Angeboten an ihrer Schule zu äußern. In diesem Zusammenhang sei noch Arbeit nötig, auch im Sinne von Werbung und mehrsprachigen Informationsmaterialien durch die Senatsverwaltung für Bildung.

Thanh Thùy Luong von der vietnamesischen Elterninitiative Café8TV machte im Folgenden deutlich, dass sie die größte Herausforderung in der immer noch zu leistenden Aufklärungsarbeit sieht. Speziell vietnamesische Eltern, die Kinder an weiterführenden Schulen haben, so führte sie aus,

seien zeitlich oft sehr eingeschränkt. Aufgrund langer Arbeitszeiten hätten viele dieser Eltern weder zeitliche Schnittstellen mit ihren Kindern noch ein unbedingtes Interesse an deren Lebenswelten. Das Resultat sei, so Luong, dass in Gesprächen zwischen Eltern und Kindern teilweise ein(e) Dolmetscher*in notwendig sei. Das führe unweigerlich zu Konflikten: „Die Eltern sprechen genauso wenig Deutsch, wie die Kinder Vietnamesisch. Es entstehen Sprachlosigkeit, Generations-Konflikte und kulturelle Konflikte. Ihre Welten gehen auseinander, weil sie keine gemeinsame Familiensprache mehr haben.“ Gerade in solchen Kontexten, unterstrich daraufhin Anna Mróz, komme den Schulen die überaus wichtige Rolle zu, eine Herkunftssprache zu vermitteln: „Damit es eine gemeinsame Familiensprache gibt und die Entwicklung der Kinder gesichert wird. Am Ende kommen dadurch auch weniger pädagogische Probleme auf die Schule zu.“

Bezüglich der nun anstehenden konkreten Schritte bei der Umsetzung des herkunftssprachlichen Unterrichtes, unterstrich Mehmet Fatih Özcan von der Senatsverwaltung für Bildung, dass HSU-Angebote zunächst gebündelt und dann erweitert werden sollten. Im Zusammenhang mit dem Übergang in die Sek I ständen dafür bereits Ressourcen zur Verfügung. Mit dem neuen Schulgesetz, so Özcan, gebe es einen sehr guten Rahmen, in den bedarfsorientierte Angebote aufgenommen werden können. Geplant sei z.B. ein Gütesiegel für die mehrsprachigen Angebote an einer Schule. Dieses Gütesiegel gelte dann nicht nur für die Schulleitung, sondern auch für die Schulentwicklung. Mehmet Fatih Özcan: „Wir werden zunächst gucken, welche Angebote bereits existieren, um Angebote danach miteinander verbinden bzw. optimieren zu können.“ Bei der Einschulung gebe es bereits eine niedrigschwellige Bedarfsabfrage bzgl. der Familiensprachen. Jetzt müsse dieser Prozess aber so umgesetzt werden, wie es im Schulgesetz definiert ist: „Wir brauchen diese Bedarfsermittlung, damit wir am Ende bedarfsgerechte Angebote

„Wir werden zunächst gucken, welche Angebote bereits existieren, um Angebote danach miteinander verbinden bzw. optimieren zu können.“

einrichten können.“ Einen konkreten zeitlichen Rahmen dafür festzusetzen, sei nach Özcans Auffassung aber nicht möglich. Um die verschiedenen Stimmen in den Communities zu hören, wolle man zudem in regelmäßigen Abständen Gespräche mit den Berliner MSO führen.

Zum Abschluss des Runden Tisches wurde das Publikum ebenfalls in die Diskussion einbezogen und stellte Fragen. Zunächst ging es dabei um das Thema Öffentlichkeitsarbeit. Eine Fachtags-Teilnehmerin kritisierte, dass es bei der Einschulung generell zu wenig Informationsmaterial zum HSU gebe. Würden an einer Schule Informationsmaterialien angeboten, dann seien die tatsächlichen Entscheidungswege leider immer noch nicht transparent. Im Zusammenhang mit dem Ausbau des HSU wies ein anderer Teilnehmer auf das umfangreiche Sprachenangebot in NRW hin. Viele HSU-Lehrkräfte, so der Teilnehmer, würden immer wieder berichten, dass zwei Unterrichtsstunden pro Woche einfach zu wenig seien. Man brauche außerdem eine bessere Integration des HSU in den Stundenplan und auch eine Zeugnisrelevanz. Neben der im neuen Schulgesetz angestrebten Öffnung der Schulen gegenüber ihrem Umfeld wurde des Weiteren vorgeschlagen, den HSU auch für deutschsprachige Kinder zu öffnen. In einigen MSO werde das bereits seit Jahren praktiziert. Eine HSU-Lehrkraft bemängelte, dass sich die Kommunikation zwischen Schulleitung, Kollegium und HSU-Lehrkräften verbessern müsste. HSU, in einer Schule einzuführen und zu gestalten sei Teamarbeit. Viele deutsche Lehrkräfte wüssten aber bis heute nicht, dass es den HSU überhaupt gibt. Auch eine bessere Vernetzung der HSU-Lehrkräfte sei notwendig.

Am Ende des Runden Tisches zog die Moderatorin Anna Mróz folgendes Fazit: „Nach der Verabschiedung des neuen Schulgesetzes befinden wir uns in einem wichtigen Moment. Wir sehen die neuen Richtlinien als große Chance und haben die Hoffnung, dass sie im Rahmen einer Schulverordnung auch bald umgesetzt werden.“ Als BEFaN-Netzwerk, so Mróz, wolle man diesen Prozess in Kooperation mit anderen Migrant*innenorganisation und mit der Senatsverwaltung begleiten. Dr. Anna Mróz bedankte sich bei den Podiumsgästen und dem Publikum für die anregende Diskussion.



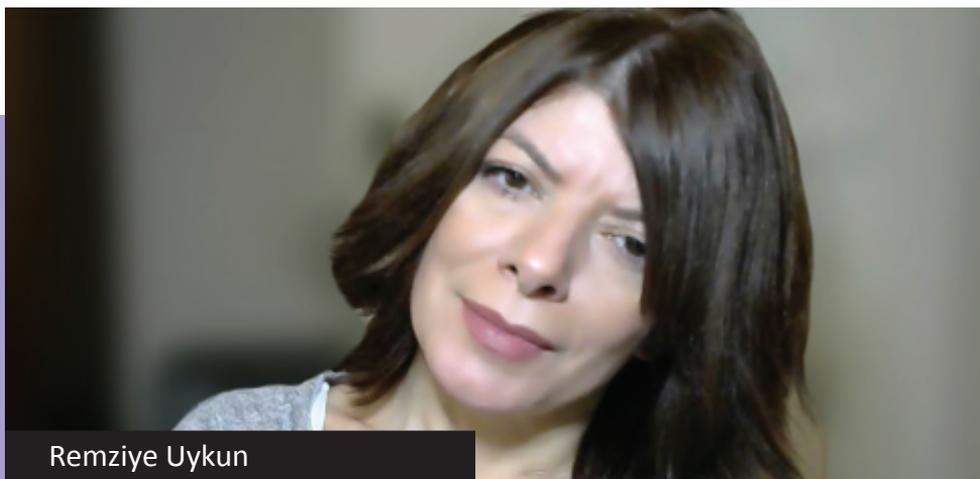
Dr. Anna Mróz

„Nach der Verabschiedung des neuen Schulgesetzes befinden wir uns in einem wichtigen Moment. Wir sehen die neuen Richtlinien als große Chance und haben die Hoffnung, dass sie im Rahmen einer Schulverordnung auch bald umgesetzt werden.“

Der Leiter der öffentlichen Bibliotheken des Berliner Bezirks Pankow, Danilo Vetter, bedankte sich im Anschluss bei der Moderatorin Anna Mróz und den Podiumsgästen und unterstrich noch einmal, dass das neue Schulgesetz dabei helfen könnte, das Thema Mehrsprachigkeit aus der „Schmuddelecke“ herauszuholen. Auch sollte man sich fragen, welche Schulformen sinnvoll seien, um den Weg der Mehrsprachigkeit weiter zu gehen. Mehrsprachigkeit als Bildungsauftrag in Berlin sei, so Vetter, auch ein Ergebnis der Arbeit des Netzwerkes, dass Fachtage zur Mehrsprachigkeit seit Jahren organisiert. Trotzdem warte immer noch viel Arbeit: „Es gibt immer noch sehr viele Menschen, die Sprachverluste haben, weil die Sprachvermittlung in der Herkunftssprache nicht abgeschlossen ist.“ Im Rahmen des heutigen Fachtages seien wichtige Baustellen identifiziert worden, wie zum Beispiel der Mangel an HSU-Lehrkräften sowie ihre Gleichstellung im Schulsystem.

Danksagungen

Remziye Uykun, die Koordinatorin des Organisationsteams, bedankte sich im Namen des Organisationsteams beim Fachtags-Publikum für seine Teilnahme. Ihr besonderes Dankeschön ging an die Bildungs-Staatssekretärin Beate Stoffers für das Grußwort und an Professor Grit Mehlhorn und die Podiumsgäste für ihre inhaltlichen Beiträge. Uykun: „Im Rahmen des BEFaN-Netzwerkes versuchen wir seit sieben Jahren das Thema Mehrsprachigkeit und Bildung auf die politische Agenda zu setzen.



Remziye Uykun

Durch unsere Aktivitäten und Fachtage, die wir jährlich im Rahmen des Netzwerkes organisieren, bringen wir Akteure aus der Verwaltung und der Zivilgesellschaft zusammen und setzen uns für die Förderung von Mehrsprachigkeit ein.“ Dieses Netzwerk würde, so Uykun, auf die Interessen und Expertisen von Migrant*innenorganisationen aufmerksam machen. Die Angebote von Migrant*innenorganisationen, die im Bereich Mehrsprachigkeit aktiv sind, müssten sichtbar gemacht werden. Uykun unterstrich, dass das Organisationsteam des Fachtages die kontinuierliche Unterstützung von Katarina Niewiedzial, der Integrationsbeauftragten des Berliner Senates, hätte und bedankte sich dafür bei ihr. Des Weiteren bedankte sich Remziye Uykun bei der Senatsverwaltung für Bildung, Jugend und Familie, insbesondere bei Dr. Mark Hamprecht und Mehmet

Fatih Özcan für ihre inhaltlichen Beiträge im Rahmen der Fachtags-Veranstaltungsreihe. Aus ihrer Sicht, sei das Fachgespräch ein besonderes Highlight im Rahmen der in diesem Jahr von BEFaN organisierten Veranstaltungen gewesen. Der regelmäßige Austausch zwischen der Senatsverwaltung und dem BEFaN-Netzwerk bedeute einen wichtigen Fortschritt in der Zusammenarbeit. Remziye Uykuns Dank ging außerdem an den Moderatoren der Veranstaltung Danilo Vetter und Dr. Anna Mróz sowie an Daniellis Hernández für ihren Dokumentationsfilm zum Fachtag und an Marita Orbegoso und Ana María Acevedo für die Planung und die Organisation der Workshops. Maria Brand und Helga Elsner hätten die technische Unterstützung der Veranstaltung übernommen, auch dafür, so Uykon, gelte ihnen ein Dankeschön. Aber ganz besonders wolle sie sich bei dem Organisationsteam bedanken.

Uykon: „In diesem Jahr war der Fachtag eine ganz besondere Herausforderung, weil er aus zwei Teilen bestand und Veranstaltungen über das ganze Jahr liefen. Ohne die wunderbare Zusammenarbeit des Organisationsteams, das sich in jeder Hinsicht gegenseitig ergänzt, wäre das nicht gegangen.“

Marita Orbegoso, die Koordinatorin des BEFaN-Netzwerkes, ging zum Abschluss des Fachtages noch einmal auf die wichtige Rolle von Mehrsprachigkeit für Migrant*innenorganisationen ein. Das BEFaN-Netzwerk, so Orbegoso, basiere genau auf diesem Punkt: Das Thema Mehrsprachigkeit müsse gerade in einer europäischen Hauptstadt wie Berlin mit Hilfe des Netzwerkes als ein Mehrwert verbreitet werden. Orbegoso: „BEFaN möchte ein aktiver Partner bei der Umsetzung des Mehrsprachigkeits-Konzeptes in Berlin sein.“ Die BEFaN-Koordinatorin betonte, dass das langjährige Engagement des Netzwerkes bei der Änderung des Schulgesetzes und der Eröffnung neuer Europa-Schulen 2021 endlich Resultate gezeigt hätte. Auch die Tatsache, dass alle demokratischen Parteien, das Thema Mehrsprachigkeit inzwischen auf ihre Agenda gesetzt hätten, sei ein Grund zur Freude. Die BEFaN-Koordinatorin wies darauf hin, dass die Zusammenarbeit mit den politischen Parteien fortgesetzt werden müsse, auch der bereits eingeleitete Wachstumsprozess des Netzwerkes müsse weitergehen.



Remziye uykun VIA e.V.



Host | Maria B. (VIA)



Anna Mróz



Ana Maria Acevedo Va...



willi stotzka



Monika Rebitzki



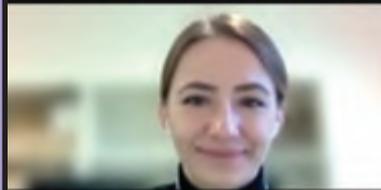
Günay Darıcı - Yekmal e.V.



Andrea Duncan | MeM



Estrella Betancor



Sylwia Plonka ANOHA...



Serif Derince, Yekmal



Lilian Vázquez



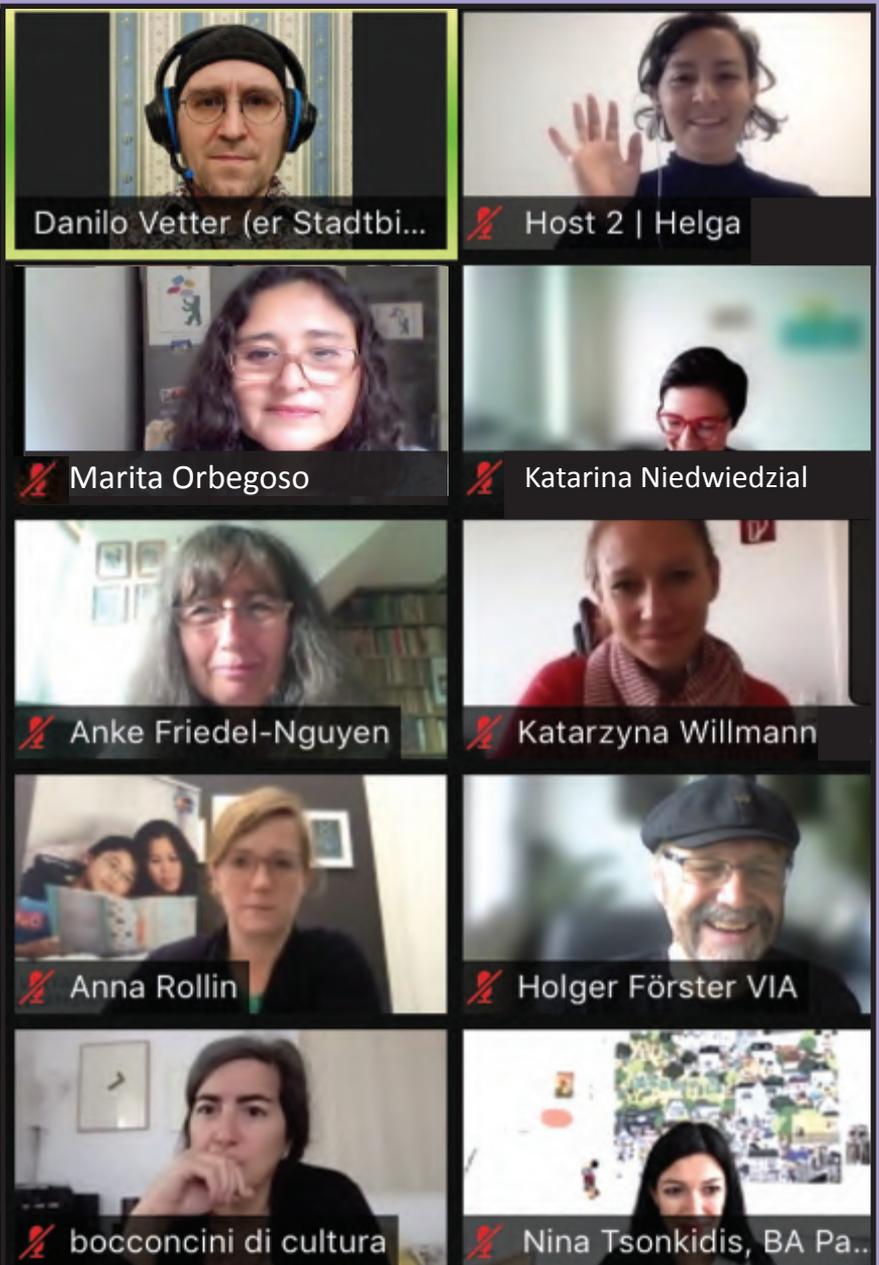
Gabriele Voßkühler



Thomas Bryant



Mehmet Fatih Özcan



Das Organisationsteam des Fachtages:

Ana María Acevedo, BEFaN-Netzwerk

Estrella Betancor del Rosario, AG Mehrsprachigkeit, Integrationsbeirat Marzahn-Hellersdorf

Alexander Böttcher, Koordinator Schulangebote GIZ gGmbH

Agata Koch, SprachCafé Polnisch e.V., Projekt Gelebte Mehrsprachigkeit

Susann Kubisch, Integrationsmanagerin im Bezirk Pankow, Bezirksamt Pankow

Dr. Anna Mróz, BEFaN-Netzwerk

Hareth Al Mukdad, ANE e.V.

Marita Orbegoso, Leitung Migra UP! Pankow, Koordination BEFaN-Netzwerk

Mehmet Fatih Özcan, Berliner Senatsverwaltung für Bildung, Jugend und Familie, Referat für Grundsatzangelegenheiten der allgemeinbildenden Schularten, Referent für Mehrsprachigkeit

Dr. Lilian Vázquez Sandoval, „Gelebte Mehrsprachigkeit“, MaMis en Movimiento e.V.

Willi Stotzka, ehem. Koordinator SESB bei der Senatsverwaltung für Bildung (pensioniert)

Remziye Uykun, Koordination AG Fachtage, BEFaN Netzwerk

Gabriele Voßkühler, Projekt Migra UP! Pankow

Katarzyna Willmann, Stadtbibliothek Pankow

Kooperationspartner*innen:

Senatsverwaltung für Integration, Arbeit und Soziales

Senatsverwaltung für Bildung, Jugend und Familie

Bezirksamt Pankow

Bezirksamt Marzahn-Hellersdorf

Projekt Migra Up! Pankow

Projekt Gelebte Mehrsprachigkeit

Anlage: Netzwerke und Projekte im Bereich der Mehrsprachigkeit



BEFaN-Netzwerk

Bildung, Eltern, Familie, Nachbarschaft

Das BEFaN ist ein berlinweites Netzwerk zur Mehrsprachigkeit, an dem sich Migrant*innenorganisationen, Projekte, Initiativen, pädagogische Fachkräfte und weitere interessierte Akteur*innen beteiligen. Seit 2016 wird das BEFaN Netzwerk vom Verband für Interkulturelle Arbeit (VIA) Berlin/Brandenburg koordiniert.

Im Fokus stehen: gezielter Fachaustausch zur Mehrsprachigkeit und interkultureller Vielfalt sowohl im Bereich Erziehung und Bildung, als auch Sichtbarmachung und Förderung dieser Potenziale der modernen Gesellschaft auf zivilgesellschaftlicher, institutioneller und bildungspolitischer Ebene.

Ebenfalls ist die Vernetzung unter den einzelnen Akteuren wichtig.

Das BEFaN-Netzwerk kommt alle 6 Wochen zusammen, veranstaltet Gesprächsrunden mit Expert*innen sowie Fachtage zu diversen Aspekten und Facetten der Mehrsprachigkeit - demokratisch, partizipativ, mehrheitlich inklusiv.



Lingua Pankow Der Arbeitskreis geht auf die Initiative von Pankower Migrant*innenorganisationen zurück und wird von der Integrationsbeauftragten begleitet. Der Fokus liegt auf mehrsprachiger Bildungsarbeit, Partizipation, Interkulturalität und Antidiskriminierung. Die Treffen finden jeden vierten Mittwoch im Monat von 13 bis 15 Uhr statt.

Gelebte Mehrsprachigkeit

Projekt Gelebte Mehrsprachigkeit richtet sich an Eltern, Vereine und pädagogische Fachkräfte, für die eine mehrsprachige Kindererziehung im Mittelpunkt steht. Eine mehrsprachige Kindererziehung im Familien- und Kita-Alltag ist eine große Herausforderung. Diesbezüglich möchten wir mit diesem Projekt diesen Bedürfnissen entgegenkommen und Pankower Erzieher*Innen, Vereine und Eltern mit unserem Fachwissen und unseren Erfahrungen im Bereich der Mehrsprachigkeit unterstützen. Wir möchten dadurch auch den Bürgerdialog, Demokratie- und Vielfalt in Pankow stärken. Während unserer Veranstaltungen bieten wir Wissenstransfer zu folgenden Themen an: mehrsprachige Kindererziehung, Spracherwerb und -förderung für Kinder.



Projekt Migra Up! stellt ein Projekt dar, welches darauf abzielt, die MSOs des Bezirks Pankow zu stärken, indem es ihre Kompetenzen, ihre gemeinsamen und übergreifende Interessen – wie Mehrsprachigkeit, Vielfalt und Geschlechtergerechtigkeit – identifiziert und politisches Lobbying betreibt, damit diese Interessen auf die öffentliche Agenda gelangen. Zu diesem Zweck schaffen wir eine narrative und kollaborative Arbeitsweise und begleiten thematische Fachnetzwerke, die sie als valide Gesprächspartner vor der lokalen öffentlichen Verwaltung präsentieren. Aus dieser Perspektive des demokratischen Dialogs und des gegenseitigen Wissens werden spezialisierte Arbeitsgruppen gebildet, gemeinsame Veranstaltungen zwischen Zivilgesellschaft und Staat organisiert und die Grundlagen für die Förderung neuer öffentlicher Politiken – Public Policy – aus der Sicht der MSOs gebildet.



AG Mehrsprachigkeit
Integrationsbeirat Marzahn-Hellersdorf
Die Welt besser verstehen

AG Mehrsprachigkeit des Integrationsbeirates des Bezirksamtes Marzahn-Hellersdorf

Die AG „Mehrsprachigkeit“ des Integrationsbeirates des Bezirksamtes Marzahn-Hellersdorf wurde von Migrant*innenorganisationen initiiert. Sie besteht aus verschiedenen Akteuren des Bezirkes, wie Institutionen, Migrant*innenorganisationen, der Verwaltung und Bildungseinrichtungen. Sie arbeiten zusammen, um die mehrsprachigen Angebote für alle Familien im Bezirk zu verbessern und das Thema Mehrsprachigkeit als etwas Positives in der Entwicklung des Bezirkes zu betrachten.

IMPRESSUM

Herausgeber: Verband für Interkulturelle Arbeit (VIA) Regionalverband Berlin/Brandenburg e.V.

Projekt: "Servicestelle für MO im IKMO", gefördert aus Mitteln der Senatsverwaltung für Integration, Arbeit und Soziales im Rahmen des Partizipations- und Integrationsprogramms.

Redaktion:
Dr. Gabriele Vößkübler

Design:
Bianca Monroy

Layout:
Helga Elsner Torres

Fotos:
Helga Elsner Torres und Maria Brand

Organisationsteam:
Remziye Uykun, Ana María Acevedo, Dr. Anna Mróz, Marita Orbegoso, Estrella Betancor del Rosario und Agata Koch.

Berlin, Dezember 2021

Erste Auflage



Integrationsbeauftragte
Bezirksamt Pankow



Gelebte
Mehrsprachigkeit

